



Stadt Geilenkirchen
Frau Bürgermeisterin
Daniela Ritzerfeld
Markt 9
52511 Geilenkirchen

Geilenkirchen, 29.02.2024

Anregungen und Beschwerden gemäß §24 GO
Bewerbung um eine ZUE für geflüchtete Menschen
Beschlussvorlage 3005/2024 vom 06.02.2024

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Ritzerfeld,

wir sind seit 1995 Bürger der Stadt Geilenkirchen und machen hiermit von unserem in § 24 (1) GO NRW und in § 8 (1) der Hauptsatzung der Stadt Geilenkirchen verbrieften Recht Gebrauch, Beschwerden zu dem o.g. Thema einzureichen und hierzu einige Anregungen zu machen.

1. Nach unserer Rechtsauffassung wurde bei dem gesamten Verfahren gegen § 23 (1) der GO NRW verstoßen, nach dem bei Vorhaben dieser Tragweite die Einwohner möglichst frühzeitig unterrichtet werden sollen. Dass ein derartige Anstieg des Anteils Schutzsuchender, die aus einer Vielzahl von Kulturkreisen kommen und sich nur temporär und damit wenig integrativ im Stadtgebiet aufhalten, massive Auswirkungen auf das soziale und kulturelle Wohl der Bürger haben werden, hat sich vielfach in anderen Fällen erwiesen und kann nicht einfach übergangen werden.

Gemäß der o.g. Vorlage hat das Verfahren bereits am 30.10.2023 begonnen und sich dann sehr schnell konkretisiert, ohne das hiervon zunächst etwas an die betroffene Öffentlichkeit gelangt wäre. Erst der offensichtlich eher ungewollte Artikel in der „Geilenkirchener Zeitung“ vom 07.12.2023 hat die Bürger erstmalig regelrecht aufgeschreckt. Unter dem stärker werdenden Druck soll nunmehr eine Informationsveranstaltung stattfinden, allerdings erst wenige Tage vor der Entscheidung. Auf diese Entscheidung sollte seitens der Verwaltung im Vorfeld schon durch die Wortwahl „positiv zu begleiten“ ursprünglich massiv Einfluss genommen werden, auch das ist zu bemängeln. Und: Was soll den Bürgern auf einer derartigen Informationsveranstaltung erzählt werden? Das alles gut wird und sie keinerlei Ängste haben müssen?

Es ist aus der Sicht einer funktionierenden Demokratie äußerst bedenklich, wenn ein Mitglied der Verwaltung zum Ausdruck bringt, dass das Konzept einer ZUE aus seiner Sicht alternativlos sei. Es ist ebenso bedenklich, wenn die SPD-Geilenkirchen auf ihrer Homepage schreibt, dass andere Parteien ihre Entscheidung vom Votum einiger Weniger abhängig machen wollten, die sich an solcher Abstimmung beteiligen würden und ohnehin immer dagegen wären. Diese Sicht lässt völlig außen vor, dass der Bürger der Souverän ist und dass dessen Wohl alternativlos ist.

2. In der Vorlage und der bisherigen Kommunikation werden massive Nachteile verheimlicht oder verschwiegen. Wenn sich die Zahl Schutzsuchender im Verhältnis zur Wohnbevölkerung derart drastisch erhöht, kann das nur zu erheblichen Problemen führen. Solche Massenquartiere sind regelmäßig ein Epizentrum für interne und externe Konflikte. Durch sie wird die bisherige Integrationsarbeit regelrecht konterkariert. Die Ablehnung in der Bevölkerung steigt durch die Auswirkung eines solchen Hotspots. Die dort lebenden Schutzsuchenden sind eher auf der Durchreise, wodurch eine Integration erschwert wird. Sie müssen zudem beschäftigungslos auf einem abseits an einer stark befahrenen Landstr. liegenden Acker ausharren, sehr oft zusätzlich berieselt von den für traumatisierte Menschen furchtbaren Geräuschen der nahegelegenen Standortschießanlage. Das muss zu internen und externen sozialen Konflikten führen. Geilenkirchen wäre die erste Stadt, bei der das nicht so wäre. Die Aussage, man habe es 2015/2016 schon mal geschafft, ist sehr schwach. Damals redete man von einer wesentlich kürzeren Dauer (nicht von 5-10 Jahren) und wesentlich weniger Menschen und es war auch eine gehörige Portion Glück im Spiel.

Letztlich kann die Stadtverwaltung nicht seriös garantieren, dass die Sicherheit und Lebensqualität der Bevölkerung unter einer solchen Einrichtung nicht massiv leidet. Man will mit dieser ZUE rein aus Kostengründen langfristig dauerhaft hier lebende, integrierbare Flüchtlinge gegen solche „tauschen“, die mit hoher Wahrscheinlichkeit keine Bindung an Stadt und Region entwickeln. Dabei kann man nicht einmal zuverlässig sagen, ob dieser „Menschentausch“ tatsächlich erfolgt und in welchem Zeitrahmen. Das kann und wird das Konfliktpotential weiter erhöhen.

3. Es ist geradezu erschütternd und unmenschlich, wenn in der Vorlage und anderen Veröffentlichungen immer nur davon die Rede ist, dass Schutzsuchende eine Belastung für Schulen, Kindergärten und die Mitarbeiter der Verwaltung seien. Man kann nicht für Integration plädieren und dann solche Argumente vorbringen. Die Belange der Bürger werden ebenso mit keinem Wort erwähnt. Wenn man schon so argumentiert, dann muss man auch eine Gegenrechnung aufmachen: Kosten und Arbeitsbelastung durch Polizeieinsätze, eventuelle Kosten für einen weiteren Ordnungsdienst, Kosten durch Kriminalität, abwandernde Gewerbetreibende, Umsatzrückgänge bei lokal betroffenen Gewerbetreibenden. Zudem stellt sich die Frage, woher angesichts des Fachkräftemangels die Pädagogen und Betreuer kommen sollen, die in der Einrichtung tätig sind. Entstehen der Stadt nicht Opportunitätskosten, wenn Landesbeamte aus Schulen abgezogen und in dieser Einrichtung eingesetzt werden?
4. Die genannten Einsparungen werden mit einem Kostenrahmen zwischen 2 und 4 Millionen beziffert. Das ist für eine fundierte Vergleichsrechnung eine unmöglich große Spannweite. Gibt es belastbare Zahlen zur Nettoentlastung des Haushaltes, die der Beurteilung durch Experten standhalten? Nicht wenige Mitglieder des Stadtrates vermissen solche Zahlen. Bei dieser Extrembetrachtung fällt zudem auf, dass keine weiteren Alternativen Erwähnung finden, obwohl zu deren Untersuchung ja offensichtlich Mittel bewilligt und bereitgestellt wurden. Es bleibt ebenso unberück-

sichtigt, dass durch einen Neubau dauerhaft Vermögenswerte geschaffen werden, die sich später einmal ertragsbringend nutzen lassen. Das Ganze ist die Investition in eine Sachanlage und keine einmalige Ausgabe, die von heute auf morgen verpufft ist.

5. Es existieren widersprüchliche Aussagen zu der Zahl der in einer solchen Einrichtung lebenden Menschen. Mal ist in der Vorlage von mindestens 350 Personen die Rede, mal von einer festgeschriebenen Zahl. Kann die Verwaltung garantieren, dass sich die Zahl der Menschen nicht dramatisch erhöht, wenn die Not auf Landesebene größer wird? Das Grundstück lässt ja offensichtlich eine höhere Zahl zu. Weiterhin stellt sich die Frage, wie sich die Struktur der in der Einrichtung lebenden Menschen entwickelt und welchen Einfluss die Stadtverwaltung hierauf nehmen kann. Es wird stets die Mär von den vielen Frauen und Kindern hochgehalten. Die Realität zeigt aber fast immer, dass es sich bei den Schutzsuchenden, die als Vorhut in unser Land und solche Einrichtungen kommen, zum weitaus überwiegenden Teil um junge Männer handelt, die ein völlig anderes internes und externes Konfliktpotential mit sich bringen, als Familien mit Kindern.
6. Völlig unberücksichtigt bleiben auch die politischen Langzeitfolgen für die Stadt Geilenkirchen. Es ist für jeden wachen Menschen offensichtlich, dass sich unsere Demokratie in einer massiven Vertrauenskrise befindet und immer tiefer in diese reinrutscht. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auch auf den heutigen Artikel in der „Geilenkirchener Zeitung“, in dem sich Vertreter der Sozialverbände genau in diese Richtung äußern. Die linken und rechten Populisten brauchen sich doch nur grinsend hinsetzen und auf die Fehler der etablierten Parteien zu warten. Das gilt auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene gleichermaßen. Die vermeintlich bürgerernahe Kommunalpolitik spielt hier eine entscheidende Rolle. Der Rat unserer Stadt wird mittel- bis langfristig ein völlig anderes Gesicht bekommen. Diese negative Entwicklung wird durch die Entscheidung für eine ZUE sofort beschleunigt.

Eine Haushaltsicherung, die ja mit der ZUE vermieden werden soll, spüren die Bürger unserer Stadt kaum bis gar nicht, die Auswirkungen einer solchen Massenunterkunft hingegen sehr schnell. So viel können wir gar nicht gegen die dadurch ausgelösten politischen Entwicklungen demonstrieren. Schauen Sie sich die Reaktionen in Facebook oder Geilenkirchen-lokal an. Hier haben über 800 Bürger abgestimmt, mit einer Quote von 83% gegen eine solche Einrichtung. Und selbst wenn viele Kommentare in Facebook oftmals erschütternd sind, so sind diese Menschen doch nicht alle verpeilt und notorische Gegner von solchen Projekten. Sie haben schlicht Angst und fühlen sich benachteiligt. Wenn es dann im Stadtrat perspektivisch keine Opposition mehr gibt, suchen sich die Menschen einen anderen politischen Weg und das kann man ihnen leider nicht mal verdenken. Es gärt gewaltig und das werden die Menschen bei den anstehenden Wahlen nicht einfach so vergessen. Durch die Nachteile einer ZUE werden sie täglich daran erinnert.

Mit freundlichen Grüßen

